

Quelle:

[www.lazarus.at/2023/05/19/bayern-leiharbeit-in-der-pflege-eindaemmen-bund-soll-springer-pools-finanziell-absichern](http://www.lazarus.at/2023/05/19/bayern-leiharbeit-in-der-pflege-eindaemmen-bund-soll-springer-pools-finanziell-absichern)

## **Bayern: Leiharbeit in der Pflege eindämmen - Bund soll „Springer-Pools“ finanziell absichern**



**Bayern startete jetzt eine Bundesratsinitiative zur Eindämmung der Leiharbeit in der Pflege. Die Bundesregierung müsse vielmehr für gleichwertige Arbeits- und Lohnverhältnisse sorgen**



Die Einrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, Leiharbeit nur noch in Ausnahmefällen in Anspruch nehmen zu müssen - und dazu müssten die Arbeitsbedingungen des Stammpersonals so gut sein, dass ein Wechsel der Beschäftigten in die Leiharbeit nicht mehr attraktiv ist, so das Ziel der Initiative.

### **„Rosinen-Pickerei“ am Dienstplan verärgert Stammebelegschaften**

Leiharbeit in der Pflege würde zwar weiterhin in Einzelfällen erforderlich sein - um beispielsweise Belegungsspitzen oder Erkrankungswellen beim Personal abzufedern - aber sie stelle die Einrichtungen auch vor immer größer werdende

Probleme. Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek: „Zeitarbeitsfirmen bezahlen die Leiharbeitnehmer häufig besser und machen ihnen bei den Arbeitszeiten, vor allem in der Nacht und an den Wochenenden, meist mehr Zugeständnisse als es den Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern für ihre Stammebelegschaft möglich ist. Das ist hoch problematisch und kann das Betriebsklima negativ beeinträchtigen.“ Kliniken und Pflegeheime berichten, dass wachsende Spannungen zwischen Leiharbeitskräften und Stammpersonal sie enorm belasten. Deshalb sei dringender Handlungsbedarf geboten.

Als einen möglichen Weg zum Ziel erprobt Bayern beispielsweise verlässlichere Dienstpläne mit Ausfallkonzepten wie etwa sog. „Springer-Pools“. Dagegen werde der Vorschlag der Bundesregierung im Entwurf des Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetzes (PUEG) aus bayrischer Sicht diesen Anforderungen nicht gerecht. Vielmehr müsse die Bundesregierung den Pflegeheimen und Krankenhäusern die entstehenden Mehrkosten für Springerkonzepte dauerhaft refinanzieren - um insbesondere auch zu verhindern, dass diese Mehrkosten auf die ohnehin finanziell stark belasteten Pflegebedürftigen abgewälzt werden.